

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonntage und Festtage zweimal, am Montags nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Berberstraße 2) und meistens bei allen Königl. Postämtern angenommen.

Preis per Quartal 1 Thlr. 18 Sgr., anzuwenden 1 Thlr. 20 Sgr. Subscribenten nehmen an: in Berlin: A. Neumann, Karstraße 50, in Leipzig: Heinrich Schöber, in Altona: H. Schöber, in Hamburg: A. Lohmann und J. Schöber.

Danziger Zeitung.



Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 20. Mai, 6 1/2 Uhr Abends.
Berlin, 20. Mai. Der „Staatsanzeiger“ meldet: Se. Maj. der König hat im Laufe des vorgestrigen und des gestrigen Vormittags mehrmals an krampfhaften Nierenschmerzen gelitten. Nach einer guten Nacht fühlt sich Se. Maj. der König zwar angekräftigt, doch ist das Befinden durchaus befriedigend. Se. Majestät hat gestern und heute keine Vorträge entgegengenommen.

Angelommen 20. Mai, 6 1/2 Uhr Abends.
Berlin, 20. Mai. Im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses erschienen zu großer Ueberraschung der Mitglieder gestern und heute militärische Vertreter des Marineministeriums.

Wegen morgen herrscht noch vollständige Unge-
wissenheit. Das Herrenhaus hat heute ein Dankvotum an das Ministerium wegen seiner Politik in der polnischen Frage, dem Antrag der Petitions-Commission gemäß (s. d. gestrige Abendztg.) beschlossen. Dagegen stimmte nur die Fraktion Baumstark. Die Minister v. Bismarck und v. Roon waren anwesend, aber sie schwiegen. Die Debatte war voll von den heftigsten Ausfällen gegen das Abgeordnetenhaus. Nächste Sitzung des Herrenhauses unbestimmt.

Deutschland.

+ Berlin, 19. Mai. Aus dem Bericht der Petitions-
Commission des Herrenhauses erwähnen wir noch Folgendes: Eine Petition (von einem Gutsbesitzer Dübeldt auf Beinitow in Pommern) will die Dauer des Landtages möglichst abkürzen, die Stellvertretungskosten von den Beamten selbst tragen lassen und die Diäten der Abgeordneten herabsetzen. Die Commission will die Petition der Regierung überweisen, „unter ausdrücklicher Anerkennung des Rechts derselben, die Frage, ob die im Abgeordnetenhaus sitzenden Königl. Beamten die Kosten ihrer Stellvertretung selbst tragen sollen? definitiv, und diejenige, über die Gewährung der Reisegelder und Diäten an die Abgeordneten, bis zum Erlaß eines desfallsigen Gesetzes provisorisch zu entscheiden.“ In der Ab-
ordnung ist angeführt: „Die Diäten sind es, die dem Abgeordneten keine gegenwärtige Phyfiognomie geben. Die meisten der gegenwärtigen Abgeordneten werden allein durch deren Zahlung in die Lage versetzt, ihre Stellung einzunehmen, und der Sitz im Abgeordnetenhaus ist für manchen aus pecuniären Rücksichten wünschenswerth, dem jeder innere Beruf dazu abgeht. Erhalten die Abgeordneten keine Diäten, so würden als solche nur Besessene, nach oben und, was mindestens eben so wichtig ist, nach unten unabhängige Männer erscheinen, die Steuern würden dann von Männern bewilligt, welche selbst davon betroffen werden.“ In den Stellvertretungskosten liegt nach Ansicht der Commission für die Beamten „ein sehr großer Reiz“, die Session zu verlängern. Diäten und Reisegelder sind zwar verfassungsmäßig, aber die Höhe soll durch ein Gesetz festgestellt werden; die Regierung hat eins vorgelegt, das Haus der Abgeordneten hat es abgelehnt, also — sagt der Bericht wörtlich — „also bleibt kein anderer Weg, als daß die Staatsregierung die erforderlichen Anordnungen provisorisch nach eigenem Ermessen trifft. In wie fern sie sich unter diesen Umständen zu einer ferneren Zahlung von Reisegeldern und Diäten an die Abgeordneten überall für berechtigt hält, kann nur ihrer eigenen Beurtheilung anheimgegeben werden. Ganz ähnlich wie die Frage über die Diäten der Abgeordneten liegt die Frage über die Civilliste. § 19 der Verfassung verheißt sie und stellt ein Gesetz zu deren Einführung in Aussicht. Das verheißene Gesetz ist noch nicht erschienen und die Civilliste existirt so lange nicht.“ Referent ist Herr Waldaw-Steinhövel. Die morgende Sitzung wird hiernach ganz interessante staatsrechtliche Debatten zu Tage fördern.

LO. Berlin, 19. Mai. Ministerconferenzen und Ca-
binetstischungen folgen so schnell auf einander und dauern so lange, daß man wohl sagen kann, die Minister sind seit acht Tagen eigentlich in ununterbrochener Berathung. Mehr als einmal soll es in diesen Tagen vorgekommen sein, daß ein Beschluß, den sie gefaßt haben, vom Könige zurückgewiesen ist und daß sie deshalb als gute Minister schnell einen andern vorbereitet sind, daß die Minister bei einer solchen Gelegenheit ihre Entlassung angeboten hätten, so glauben wir doch allen Grund zu haben, dies als einen Irrthum zu bezeichnen. In der parlamentarischen Krise hat dieser Mangel eines bestimmten Zieles vorläufig zu einer einfachen Verschiebung geführt. Die ganze sehr weitläufige Zuschrift an das Abgeordnetenhaus trug dies an der Stirn. Die Minister wollen Zeit gewinnen. Das Abgeordnetenhaus befolgt deshalb, ganz abgesehen von seinem guten Rechte, eine ganz richtige Taktik. Daß der Entschluß, die Zuschrift einfach ohne Verhandlung und ohne Antwort ad acta zu legen, so einstimmig gefaßt wurde, hat in der ganzen Stadt einen äußerst günstigen und in den Regierungskreisen den entsprechend ungünstigen Eindruck gemacht. Das Ministerium war ganz sicher gewesen, daß es die Unterhandlungen wieder anknüpfen und hinziehen könne, ohne daß es zu einer Entscheidung zu kommen nöthig habe. Die gestrigen Beschlüsse des Abgeordnetenhauses haben uns in eine neue Phase eintreten lassen. Das Abgeordnetenhaus will selbstständig nach Lage der Sachen seinen Weg gehen und seine Entschlüsse fassen. Welches auch die Resultate sein

mögen, die dasselbe auf diesem neuen Wege erlangt, eins ist sicher, sie können unmöglich geringer sein, als die, die es auf dem früheren Wege erlangt hat.

Herr v. Buntz, der sächsische Staatsminister, dessen Anwesenheit hier seit einer Woche alle politischen Kreise so lebhaft beschäftigt, soll selbst ganz überrascht sein von der guten Aufnahme, die er mit seiner Mission bei dem hiesigen Ministerium gefunden hat. Er ist bekanntlich zur Unterstützung der von Baiern im Auftrage Oesterreichs gemachten Zollvereinsvorschlages hierher gekommen und begann seine Thätigkeit unter der Voraussetzung, daß er einen Erfolg erst nach Beseitigung des gegenwärtigen Ministeriums erwarten könne, da Herr v. Bismarck mit so vieler Ostentation bis jetzt die entgegengesetzte Politik verfolgt hatte. Der sächsische Diplomat war aber schlecht unterrichtet. Nachdem er in den ersten Tagen so stark, als es seine Stellung nur immer erlaubte, gegen Herrn v. Bismarck aufgetreten war, überzeugte er sich, daß die Schwierigkeiten, die er bei demselben vorausgesetzt hatte, gar nicht oder doch gar nicht mehr existirten. Seit der Zeit hat er sehr intime und lange Conferenzen mit Herrn v. Bismarck gehabt und am Sonntag Abend wurde in den dem Ministerium nahe stehenden Kreisen erzählt, daß zwischen den beiden Ministern eine Verständigung nicht allein über den Zollverein, sondern sogar in der Bundesreform in bestimmter Aussicht stehe.

Die gestern hier abgehaltene diesjährige Conferenz von Vorständen Preussischer Privatbanken hat das vorliegende Material in einem Tage erledigt. Die Verhandlungen betrafen vornehmlich innere geschäftliche Angelegenheiten der Institute. Die Bankfrage im Großen und Ganzen kam nicht weiter zur Erörterung, da man es mit Rücksicht auf die gegenwärtigen politischen Wirren zur Zeit nicht für angemessen erachtete, Anträge zu formuliren. Um die Sache im Gange zu erhalten, wurde beschlossen, sich der Agitation des volkswirtschaftlichen Congresses anzuschließen, und zu dem Ende an den Beratungen über Bankgesetzgebung auf dem nächsten, vom 14. bis 17. September c. in Dresden tagenden Congresse Theil zu nehmen.

Bekanntlich ist nach Verathung des Pafsgesetzes, durch den Minister des Innern eine allgemeine Anordnung getroffen worden, wonach die Pflicht zur Lösung von Aufenthaltskarten in denjenigen Städten aufhören soll, deren Verhältnisse die Aufhebung dieser Maßregel gestatten und deren Behörden darauf antragen würden. Wie wir hören, wird auch für Berlin diese für das Publikum so sehr lästige Maßregel nunmehr binnen kurzer Zeit aufgehoben werden. Da die Aufenthaltskartengebühren dem städtischen Aerar bisher zufließen, so entgeht der Kämmereiverwaltung der Stadt dadurch eine bedeutende jährliche Einnahme, da die Zahl der jährlich ertheilten Aufenthaltskarten sich auf etwa 60—70,000 belief. Höher als dieser Verlust ist jedoch jedenfalls der Gewinn an Zeit zu veranschlagen, der dem Publikum aus dieser Einrichtung erwächst und der Gewinn an Arbeitskraft bei den bisher mit der Ausstellung der Aufenthaltskarten und den deßhalb nothwendigen Verhandlungen beschäftigten Beamten.

Die Rentantur des Staatsschatzes hat eine Nach-
weisung des Vermögens des Staatsschatzes mit Schluß des Jahres 1862 zur Information der Budget-Commission des Abgeordnetenhauses aufgestellt. Danach war Bestand am Schluß des Jahres 1861 16,235,344 Thlr. 23 Sgr. 6 Pf. Im Jahre 1862 sind bei der Rentantur eingegangen 4,278,583 Thlr. 7 Sgr. 6 Pf., darunter 3,998,410 Thlr. 19 Sgr. 9 Pf. an Ueberflüssen aus der Finanzverwaltung. Nach Abzug eines Verlustes von 3038 Thlr. 13 Sgr. 7 Pf. beim Verkauf von 34,685 Thlr. in Staatspapieren und von 469 1/2 Thlr. an Einlösung präcludirter Cassenanweisungen betrug Ende 1862 das Vermögen des Staatsschatzes 20,506,195 Thlr. 17 Sgr. 5 Pf. Von diesem Vermögen war in der Schatzkammer niedergelegt: 3,408,000 Thlr. in Friedrichsd'or, 199,500 Thlr. in Dukaten und 16,400,000 Thlr. in Courant. Bei der Rentantur befand sich noch ein Bestand von 312,795 Thlr. 17 Sgr. 5 Pf. in Courant und 125,900 Thlr. in Effecten, die sich aus Staatsschuldscheinen (52,800 Thlr.), Rentenbriefen (41,700 Thlr.), und 29 Actien der älteren Art in der Liquidation begriffenen Bordingssocietät zu Danzig (mit 24,200 Thlr.) z. zusammensetzen.

* Die Dienstags-Morgennummer der „N. Stett. Ztg.“ ist von der Polizei mit Verhagel belegt worden.

— Die Berliner Rennen finden am 18., 19., 20., 21., 22. und 23. Juni statt. Die Generalversammlung des Jockey-Clubs wird am 20. Juni im Hotel Royal gehalten.

England.

Der „Economist“ macht in einem sehr eingehenden Artikel über die preussischen Zustände geltend, daß der Umstand, daß die Minister nicht der Kammer als Mitglieder angehören müßten, ein constitutioneller Fehler sei, der nicht wenig dazu beitrage, die Klust zwischen der Regierung und den Abgeordneten zu erweitern. In Amerika, wo die Minister in gar keine persönliche Berührung mit dem Congresse kämen, hätte sich dieser Uebelstand seit Jahren sehr sichtbar gemacht, und der in Preußen angestellte Versuch, diese persönliche Berührung zwischen Regierung und Volksvertretung durch eine officielle Vertretung der Minister in der Kammer herzustellen, sei, wie sich jetzt ergebe, auch kein glücklicher, im Gegentheil, er vergrößere nur das Uebel, indem er sich feindselig gegenüberstehende Elemente aneinander bräue und Conflict herbeiführe, wie sie augenblicklich in Preußen in so bedauerlicher Weise Platz gegriffen hätten. Minister, die nicht Mitglieder der Kammer wären, also an deren Sympathie und Unterstützung nicht obliegen, könnten unmöglich die Vertreter eines constitutionellen Regimes sein.

Frankreich.

Paris, 17. Mai. Der Vorschlag Englands in Betreff des in Polen abzuschließenden Waffenstillstandes ist nach der „Nation“ noch keineswegs beseitigt, obwohl er nicht unter die von den Westmächten und Oesterreich gemeinsam zu stellenden Forderungen aufgenommen werden wird. England wird von Frankreich unterstützt versuchen, ob es die russische Regierung zur vorläufigen Einstellung des Blutvergießens bewegen kann; freilich steht man vorans, daß man sich in Petersburg nicht leicht entschließen wird, die Polen durch einen solchen Akt als kriegführenden Theil anzuerkennen.

Prinz Napoleon und seine Gemahlin sind am 8. Mai Abends vor Alexandria angekommen und am 9. ans Land gestiegen. Die französische und die italienische Colonie gingen ihnen entgegen und ihr Einzug in das für sie bestimmte Palais geschah unter feierlichem Gepränge. Am dritten Tage nach ihrer Ankunft wollten sie die Reise nach Ober-Ägypten antreten. Vor dem 15. Juli werden die Reisenden nicht in Frankreich zurück erwartet.

Dänemark.

Kopenhagen, 16. Mai. (Nat.-Ztg.) Die heutigen Blätter bringen eine „Aufforderung an das dänische Volk“, seine Theilnahme für den polnischen Aufstand durch Geldbeiträge zu bekunden. Unterzeichnet haben den Aufruf unter Anderen der Eminent Professor Clausen (derselbe, der kürzlich im Reichsrathe den Adressentwurf eingebracht hat), Prof. Allen (der bekannte Historiker, der über die schleswigschen Sprachverhältnisse ein Buch voll der heillosen Verdrehungen und Entstellungen geschrieben hat) und Plog, der Redacteur von „Fädreland“. In dem Aufrufe wird u. A. gesagt, daß das dänische Volk eine besondere Aufforderung fühlen müsse, den polnischen Freiheitskämpfern seine Sympathie zu beweisen, weil ihm dieselbe Behandlung wie den Polen angedroht werde. „Zum mindesten“, heißt es dann weiter, „geht aus den Auslassungen unserer Feinde ziemlich deutlich hervor, daß man nur auf den gelegenen Augenblick wartet, um unser Land durch denselben Mißbrauch der Uebermacht, den man früher gegen Polen zur Anwendung gebracht hat, zu verfluchen und zu zerschellen.“ — Die Dänen hoffen überhaupt aus der polnischen Bewegung Nutzen gegen Deutschland ziehen zu können, und das ist auch der einzige Grund, weshalb sie, nachdem sie Monate lang eine völlige Gleichgültigkeit bewiesen haben, plötzlich so viel Begeisterung für die Sache Polens zeigen. Das hat sich am deutlichsten in der sehr zahlreich besuchten Studentenversammlung, die in den jüngsten Tagen wegen Erlasses einer Adresse an die Polen stattgefunden hat, zu erkennen gegeben.

Amerika.

Der Finanzsecretair, Herr Chase, hat sich in einer in Boston gehaltenen Rede dahin ausgesprochen, daß der Krieg seinem Ende nahe sei.

Provinzielles.

* Der „Staatsanzeiger“ enthält den Allerhöchsten Erlaß vom 20. April 1863, betreffend die Verleihung des fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chauffeen: 1) von der Kreisstadt Merggrabowa über Dullen, Doliewen, Duneyken, Wessolowen nach der Lyder Kreisgrenze in der Richtung auf Widiminen; 2) von Duneyken (an der Chauffee ad 1) über Chelchen, Griesen, Diebomen, Czuchen, Sokollken, Wessbwen, Gubsen bis zur Insterburg-Lyder Staats-Chauffee bei Komawlen; und 3) von Wielizken an der projektirten Merggrabowa-Czymochener Staats-Chauffee über Krenmilsh, Nordenthal, Kleszjzenen, Czarnen, Bronaten, Gutten nach der Lyder Kreisgrenze in der Richtung auf Kallinowen.

Lapian, 13. Mai. Ein deutscher Gutsbesitzer aus Po-
len hat dem „Wehlauer Volksb.“ Folgendes mitgetheilt: Nach seiner Meinung würde sich die Insurrection, abgesehen von fremder Einmischung, vielleicht bis Weihnachten halten können. Die Insurrection würde mittelbar wesentlich unterstützt durch einen Bauernaufbruch, der in den deutschen Provinzen Rußlands ausgebrochen sei. Hier sei nämlich wie im europäischen Rußland überhaupt die Leibeigenschaft aufgehoben, die Bauern hätten ein bestimmtes Areal als Eigenthum empfangen und die von ihnen zu leistenden Dienste seien in einen Bins (Drosch) umgewandelt. Auf zwei Jahre jedoch müßten noch die früheren Schaarwerkdienste geleistet werden. Letztere werden jedoch von den Bauern, die sich nunmehr für ganz frei halten, verweigert. In Folge dessen ist es zu bittigen Austritten gekommen und der größte Theil des russischen Militärs aus den Gouvernements Wilna und Grodno zum Schutze der Gutsbesitzer dorthin dirigirt worden.

Lyck, 18. Mai. (P. L. Z.) Seit gestern wüthet in der Baranauer Forst im Revier Lepinsken ein Waldbrand, der bis diesen Augenblick bereits über 15 Morgen Wald beschädigt hat und noch nicht gedämpft ist. Gestern begaben sich 50 Mann Soldaten an Ort und Stelle, und heute folgten 100 Mann, die bemüht sind, durch Ziehung von Gräben der weiteren Verbreitung des Feuers Einhalt zu thun. Ob und in wie weit ihnen dies gelingen wird, läßt sich noch nicht übersehen.

Vermischtes.

Am Abende des ersten Sonntags im April — so erzählt ein canadisches Blatt — wurden die Bewohner des Ortes Dit-Spring von einem seltsamen Phänomen überrascht. Eine große Quantität Del, welche den Fluß Blad-Creele hinabtrieb, hatte Feuer gefangen und es entstanden, da einige gefällte Bäume im Flusse die brennende Masse aufhielten und sich sammeln ließen, ungeheure rotze Flammen, die in eine Höhe von 50 Fuß aufschlugen. Glücklicherweise beschränkte sich der Schaden, welchen der Brand anrichtete, auf

